



Presseschau vom 15.04.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine heute um 17:30 Uhr das Feuer aus Richtung Nowotroikzkoje in Richtung **Dokutschajewsk** eröffnet.

Dabei wurde die Verglasung einer Wohnung in der Lenin-Straße 78/2, Wohnung 5 beschädigt.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer. Genauere Informationen werden noch ermittelt.

wpered.su: **Erklärung des ZK der KP der DVR gegen den Krieg im Donbass**

Am 14. April 2014 hat das illegitime Kiewer Regime, das durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen ist, einen Angriffskrieg gegen das Volk des Donbass, das den Weg der Selbstbestimmung gewählt hat, entfacht. Dies führte zu enormen Opfern unter der Zivilbevölkerung der Region und zu großflächigen Zerstörungen von Produktionskapazitäten und Infrastruktur. Schon im fünften Jahr leben die Volksrepubliken des Donbass unter Bedingungen von nicht endenden Kriegshandlungen. Die systematischen Verstöße gegen den Waffenstillstand durch die ukrainische Seite zeugen davon, dass Kiew und die hinter ihm stehenden westlichen Imperialisten nicht an einer friedlichen Lösung des Konflikts interessiert sind. Unsere Antwort muss eine Verstärkung der internationalen Solidarität der Werktätigen, die Zusammenarbeit der fortschrittlichen Kräfte der Welt sein.

Die Kommunistische Partei der Donezker Volksrepublik fordert:

- von Kiew – die Kriegshandlungen im Donbass einzustellen, Verhandlungen mit der

Donezker und Lugansker Volksrepublik über die Herstellung gegenseitiger Beziehungen auf Grundlage der Prinzipien des Friedens herzustellen;

- von der EU und den USA – die Finanzierung der Militärausgaben Kiews und die Waffenlieferungen dorthin zu stoppen;

- von der internationalen Öffentlichkeit – zu fordern, dass die militärisch-politischen Verbrecher der Ukraine strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

Nein zum Krieg im Donbass!

Ja zur Selbstbestimmung der DVR und der LVR!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Donezker Volksrepublik

wpered.su: **In Berlin fand eine Kundgebung „Stopp dem Krieg im Donbass!“ statt**

Am 14. April fand in Berlin eine Kundgebung „Stopp dem Krieg im Donbass!“ aus dem Anlass statt, dass das Kiewer Regime vor fünf Jahren einen Angriffskrieg gegen die Donezker und Lugansker Volksrepublik entfacht hat. Aufgerufen hatten die DKP Berlin, die Freidenker Berlin, die Alternative Presseschau und die Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe e. V., die sich der internationalen Aktion der KP der DVR anschlossen, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Die Kundgebungsteilnehmer verurteilten den Krieg im Donbass, der zu mehr als 10.000 Toten geführt hat, und forderten die Einhaltung der Minsker Vereinbarungen, die das Kiewer Regime täglich durch Beschuss und die Blockade verletzt. Sie brachten ihre Solidarität mit den Kommunisten und dem ganzen Volk des Donbass zum Ausdruck. Auf der Kundgebung wurden Briefe von Schülern aus Donezk vorgelesen, die im Rahmen der Aktion „Briefe an den Genossen Artjom“ geschrieben wurden, und Zeichnungen von Kindern aus dem Donezker Kinderheim Nr. 1 gezeigt.

Die Redner verwiesen auf die Beteiligung von NATO, EU und BRD am Staatsstreich in der Ukraine 2014 und auf die Unterstützung der profaschistischen ukrainischen Regierung.

Die Kundgebungsteilnehmer forderten:

- von der Regierung in Kiew die sofortige Beendigung der Kriegshandlungen im Donbass und Verhandlungen mit der Donezker und Lugansker Volksrepublik über gegenseitige Beziehungen auf friedlicher und gleichberechtigter Grundlage,

- von der Bundesregierung und der EU, die Finanzierung der Militärausgaben und die Lieferung von Waffen sowie jegliche politische Unterstützung für das verbrecherische Kiewer Regime zu stoppen sowie

- die Kriegsverbrecher der ukrainischen Regierung strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2019/04/P1100716.jpg>

Dan-news.info: „In der DVR haben massenhafte Trainings zur Selbstverteidigung für zukünftige Mitglieder der Volkseinheiten begonnen. Bei den Übungen eigneten sich die Teilnehmer die Taktik der Selbstverteidigung an, grundlegende Fähigkeiten wurden in der Praxis bearbeitet“, heißt es in einer Mitteilung.

Die Übungen wurden von dem Europa- und Weltmeister im Kickboxen, dem Leiter der Volkseinheiten Roman Troschin, dem Inhaber des Weltmeisterschaftstitels im Kampf-Sambo, dem professionellen Sportler im gemischten Kampfsport Wladislaw Michajlischin und dem Meister des Sport im Kampf-sambo Daniil Sidorenko durchgeführt.

„Nicht jeden Tag gibt es die Möglichkeit, mit solchen bekannten Sportlern zu üben und von ihnen zu lernen“, sagte der Aktivist des Stabs der Einheiten in Schachtjorsk Sergej Sokolow. Die Trainings fanden heute in Schachtjorsk und in Novyj Swet statt. Neben örtlichen Einwohnern nahmen Rekruten aus den Bezirken Telmanowo, Starobeschewo, Amwrosiewka sowie aus Dokutschajewsk, Ilowajsk, Jenakiewo und Charzysk teil, insgesamt etwa 400 Personen.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/03/dan-news.info-2019-03-29_09-34-34_756620----1024x576.jpg

vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden sechsmal die Positionen der Volksmiliz beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Solotoje-5, Frunse, Kalinowo, Prischib und Shelobok**. Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen darunter großkalibrigen.

Lug-info.com: „Im Ergebnis von Beschuss des Territoriums der LVR erlitt **in Solotoje-5** in der Tschajkina-Straße **ein Mädchen, geb. 2007, eine Detonationsverletzung**, sie befindet sich in einem mittlern Zustand im Perwomajsker Stadtkrankenhaus“, teilte das Zivilschutzministerium der LVR mit.

de.sputniknews.com: **Moskau bekundet Bereitschaft, Millionenschulden an Europarat zu begleichen – Medien**

Russland zeigt sich bereit, dem Europarat die Schulden in Höhe von 60 Millionen Euro auszuführen, allerdings unter einer Bedingung. Darüber schreibt die Zeitung „Iswestija“ am Montag unter Berufung auf eine gut unterrichtete diplomatische Quelle.

Wie der Leiter des Auswärtigen Ausschusses beim Föderationsrat (russisches Oberhaus), Konstantin Kossatschjow, gegenüber dem Blatt erläuterte, könne Moskau diesen Schritt unternehmen, nachdem die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) die Gefahr für eine weitere Diskriminierung der nationalen Delegationen beseitigt haben werde. „In diesem Fall wird Russland bereit sein, nicht nur seinen jährlichen Beitrag einzuzahlen, sondern auch diejenigen Schulden, die sich in den vergangenen zwei Jahren gesammelt haben, zu tilgen“, sagte Kossatschjow.

Die PACE hatte in einer Tagung im April mit einer Stimmenmehrheit eine Resolution mit dem Aufruf an Russland verabschiedet, seine Delegation zu bilden und die Beiträge an den Europarat einzuzahlen.

In ihrem Kommentar zu dieser Resolution sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, Russland werde an PACE-Sitzungen teilnehmen, wenn ihm eine gleichberechtigte Mitgliedschaft in der Organisation gewährt werde. 2014 und 2015 hatte die russische Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates wegen Moskaus Haltung zur Krim kein Stimmrecht. Darüber hinaus wurde ihr die Teilnahme an der Arbeit der Statutenorgane des Europarates untersagt. Mehrmals hatte Moskau Vorschläge zur Regelung der Krise unterbreitet: Unter anderem gab es das Angebot, die Unzulässigkeit von Sanktionen gegen nationale Delegationen gesetzlich zu verankern. Später verkündete die russische Seite, unter diesen Bedingungen unmöglich arbeiten zu können, und blieb den Sitzungen des Europarates fern. 2017 stellte Russland seine Beitragszahlungen teilweise ein.

Dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 14. April 3:00 Uhr bis 15. April 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 8. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Spartak, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Staromichajlowka, Dokutschajewsk, Leninskoje, Sachanka.**

Wie zuvor mitgeteilt wurde, wurde durch Beschuss von Seiten der BFU in Richtung Dokutschajewsk ein Schaden an der Verglasung an einer Wohnung in der Lenin-Straße 78/2, Wohnung 5 festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 15.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 139.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“waffenstillstand in Kraft.

Wpered.su: In Rom wurden Mittel im Rahmen der Aktion „Kinder des Donbass“ gesammelt

Am 14. April hat die Rockgruppe Banda Bassotti in Rom ein Mittagessen organisiert, bei dem Mittel für Kindereinrichtungen im Donbass gesammelt wurden. An ihm haben mehr als 200 italienische Kommunisten teilgenommen, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

„Antifaschismus, Antiimperialismus, internationale Solidarität – das ist ein sehr starkes Band, was uns vereint. Einen solchen Tag durchzuführen lohnt mehr als viele Reden. Mehr als 200 Genossen, Kinder und Erwachsene, haben an dem Volksessen teilgenommen“, heißt es in einer Mitteilung von Banda Bassotti auf ihrer offiziellen Facebook-Seite.

Die Veranstaltung fand im Rahmen der humanitären Aktion „Kinder des Donbass“ statt.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2019/04/FB_IMG_1555269823773.jpg

Wpered.su: Donezker Kommunisten führten einen Subbotnik an der Allee des Ruhmes durch

Am letzten Wochenende haben Mitglieder der KP der DVR, der Union sowjetischer Offiziere der DVR, der Pionierorganisation „Die Voranblickenden“ einen Subbotnik an der Allee des Ruhmes des Friedhofs Nr. 29 durchgeführt. Dies teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit. „Hier sind in diesem Krieg gefallene Menschen begraben. Auf der linken Seite der alle meine Kameraden, mit denen wir 2014 angefangen haben. Viele Tote sind Einwohner des von der Kiewer Junta besetzten Gebiets“, berichtete die erste Sekretärin Organisation der KP der DVR im Petrowskij-Bezirk Nelli Taraban.

Nach dem Subbotnik wurde einem Soldaten der Donezker Volksrepublik eine Medaille „100

Jahre Rote Armee“ des ZK der KP der DVR überreicht.

de.sputniknews.com: **Poroschenkos ehemalige Werft verwandelt sich in Reparaturbasis für russische Schiffe**

Die früher dem ukrainischen Staatschef Petro Poroschenko gehörende Werft Sewmorsawod in Sewastopol wird nun als Basis für die Reparatur von Schiffen der russischen Schwarzmeer-Flotte dienen. Darüber sprach der Direktor des Werkes, Wladimir Baschenow, am Montag. Wie Baschenow sagte, solle der Betrieb im Rahmen eines Modernisierungsprogramms mit neuer Technik ausgestattet werden, die es ermöglichen werde, Schiffe verschiedener Klassen und Zweckbestimmung instand zu setzen.

Im Werk gebe es zwei Trockendocks, wo die Reparatur von bis zu 165 Metern langen und bis zu 22 Metern breiten Schiffen möglich sei.

Zurzeit befinden sich auf der Werft zwei schwere Schwimmkräne - PK-400 „Sewastopol“ und PK-700 „Grigori Prosjankin“ - im Bau. Noch bis Jahresende sollen dort auch Kriegsschiffe der russischen Schwarzmeer-Flotte instand gesetzt werden.

Sewmorsawod wurde im Jahr 2015 nach der Wiedervereinigung der Halbinsel Krim mit Russland neben weiteren zwölf Industriebetrieben in Sewastopol verstaatlicht. Jetzt dient die Werft als Filiale des Zentrums für Schiffsreparatur „Swjosdotschka“ in der nordrussischen Stadt Sewerodwinsk.

Sewmorsawod (abgekürzt für Sewastopolski Morskoi Sawod, zu dt. „Sewastopoler Seewerk“) wurde bereits 1783 gegründet und entwickelte sich zu Sowjetzeiten zum größten Schiffsbauunternehmen in Sewastopol. Seit 2010 gehörte Sewmorsawod zum Konzern Ukrprominvest des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko. Im September 2014 schrieb Poroschenko die Werft zum Verkauf aus.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32469/66/324696688.jpg>

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden am Freitag, dem 12. April wegen Beschlusses von Seiten der BFU die Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten am Abschnitt der Jushnodonbasskij-Wasserleitung im Gebiet von Krutaja Balka gestoppt.

Heute um 10:15 Uhr wurden die Arbeiten zur Beseitigung des Lecks wieder aufgenommen. Die Reparaturbrigaden sind bei Koordination und Unterstützung einer operativen Gruppe der Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess an den Arbeitsort gefahren. Die Vertretung der DVR im GZKK hat die ukrainische Seite im GZKK zusätzlich über die Wiederaufnahme der Arbeiten informiert.

Wir hoffen, dass die ukrainische Seite ihre Verpflichtungen zur Gewährleistung eines nachhaltigen Regimes der Ruhe einhält und die Reparatur erfolgreich abgeschlossen werden wird.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Schwarzes Meer: Russische Schiffe stellen Vorgehen von US-Zerstörer unter ihre Kontrolle**

Russische Schiffe beobachten laut dem Verteidigungsministerium den amerikanischen Zerstörer „USS Ross“, der am 14. April ins Schwarze Meer eingelaufen ist. Nach der Einfahrt wurde die USS Ross von russischen Militärs entdeckt und durch funktechnische Mittel der Flotte unter Beobachtung genommen. Das Vorgehen des amerikanischen Zerstörers überwachen unter anderem die russischen Schiffe „Iwan Hurs“ und „Wassili Bykow“.

Russland verweist in den vergangenen Jahren auf den beispiellosen Aufschwung der Nato-Aktivitäten an seinen westlichen Grenzen. Die Nato trete mit immer neuen Initiativen auf, deren Ziel „die Eindämmung der russischen Aggression“ sei. Moskau brachte häufig seine Besorgnis über den Ausbau der Nato-Kräfte in Europa zum Ausdruck. Putins Sprecher Dmitri Peskow unterstrich immer wieder, dass Russland für andere Länder ungefährlich sei, aber auf potenzielle Gefahren für seine Interessen reagieren müsse.

Russlands Außenministerium hatte dabei erklärt, dass die wachsenden Aktivitäten der Nato im Schwarzen Meer eine Gefahr für die Stabilität in der Region schaffen würden. Moskau werde auf das Nato-Vorgehen „entsprechend“ reagieren, hieß es.

de.sputniknews.com: **Wegen S-400-Position: USA versuchen, Türkei zu „verprügeln“ - Lukaschenko**

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat am Montag in einem Gespräch mit der Agentur Anadolu seine Unterstützung für die Position der Türkei zu Lieferungen von russischen Fla-Raketenkomplexen vom Typ S-400 bekundet.

„Den Amerikanern gefällt Ihre Position nicht. Sie haben bei Russland Defensivwaffen erworben, die Sie sehr brauchen und die billiger sind. Sie werden deswegen schon nicht mehr nur kritisiert, sondern man versucht, Sie zu verprügeln“, zitierte die Agentur BELTA Lukaschenko.

Wie der weißrussische Staatschef weiter betonte, werde Ankara wegen seiner souveränen Entscheidungen kritisiert. Das zeuge aber davon, dass Ankaras Position richtig sei.

Zuvor hatte der türkische Präsident Erdogan bekräftigt, dass die Türkei als souveräner Staat alleine das Recht habe, über den Kauf der S-400-Systeme zu entscheiden. Dieser Schritt werde für die nationale Sicherheit des Landes unternommen.

Zuvor hatte der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu erklärt, dass Ankara mit Moskau einen weiteren Deal zu Lieferungen von S-400 abschließen könne, sollten die USA der Republik die Lieferungen von Patriot-Luftabwehrsystemen verweigern.

Der im Jahr 2017 abgeschlossene Vertrag über die Lieferung der russischen S-400-Komplexe an die Türkei hatte zu diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen Ankara und Washington geführt. Das hatte wiederum zur Folge, dass die USA von ihren türkischen Verbündeten verlangen, auf die russischen Komplexe zugunsten der amerikanischen Flugabwehrraketensysteme Patriot zu verzichten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32470/18/324701812.jpg>

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 15.04.2019

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **8-mal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von sechs Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 57. Panzergrenadierbrigade, der 24. mechanisierten Brigade sowie der 35. Marineinfanteriebrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Mischantschuk, Guds und Palas aus **Alexandrowka, Trudowskije, Dokutschajewsk** und das **Gelände des Flughafens** von Donezk mit Mörsern des Kalibers 82mm und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt hat der Gegner in dieser Richtung fünf Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgedeuert.

Das ukrainische Kommando versucht nach wie vor, die Zivilbevölkerung der Republik einzuschüchtern, um sie zu zwingen ihre Häuser zu verlassen. Infolge zielgerichteten Beschusses durch die Kämpfer der 35. Marineinfanteriebrigade auf zivile Infrastruktur von Dokutschajewsk wurden Wohnhäuser in der Lenin-Straße 78/2 und 86 beschädigt.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 79. Luftsturmbriade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch mit Granatwerfern und Schusswaffen **Sachanka** und **Leninskoje** beschossen.

Die Kiewer Führung, die die Unterstützung der eigenen Bürger verloren hat, setzt die Versuche fort, sich der Unterstützung der ausländischen Öffentlichkeit zu versichern und irgendwie das Rating von Poroschenko anzuheben. Dazu hat eine Feldgruppe für informationspsychologische Operationen vom Kommandeur der Besatzungsgruppe Najew die Aufgabe erhalten, in kürzester Frist eine Serie von gestellten Videos zu erstellen, die die Verschärfung des Konflikts mit dem Gegner, vorgebliche Erfolge an der Front und auch ein angeblich erfolgreiches Vordringen und die Befreiung neuer Territorien demonstrieren.

Zu diesem Zweck sind im Verantwortungsbereich der 24. mechanisierten Brigade im Gebiet von Marjinka und der 35. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Nowotroizkoje Filmteams der käuflichen ukrainischen Fernsehsender „1+1“, „5. Kanal“ und „Prjamoj“ eingetroffen. Die Kriegsverbrecher und Kommandeure der 24. und 35. Brigade Guds und Palas haben die Aufgabe, die eingetroffenen Propagandisten der ukrainischen Massenmedien mit dem notwendigen Material zu versorgen.

Im Zusammenhang damit ist in diesen Gebieten eine Verschärfung bis hin zu zielgerichtetem Beschuss auf zivile Infrastruktur auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium zu

erwarten, um dann die Volksmiliz der DVR dessen zu beschuldigen.

Wir haben mehrfach Tatsachen veröffentlicht, die bestätigen, dass die Aggression von Seiten der ukrainischen Kämpfer nicht nur Bürger der Republik trifft, sondern auch die Zivilbevölkerung auf dem von Kiew besetzten Territorium, die sie angeblich verteidigen. Vor drei Tagen ereignete sich ein weiterer solcher Fall.

In einer Einheit der 80. Luftsturmbrigade, die dem Kommandeur der 79. Brigade Kuratsch operativ unterstellt ist und die sich in Berdjanskoje befindet, haben ukrainischen Kämpfer als Zeichen des Protests wegen der Verschiebung der Rotation ein Massenbesäufnis veranstaltet. Die sich in stark betrunkenem Zustand befindliche „Elite“ der ukrainischen Armee – die Luftlandesoldaten der 80. Brigade – verstreuten sich über das Dorf. Einer der Kämpfer, der Oberfeldwebel Tjapka, benahm sich aggressiver und beschuldigte alle friedlichen Bürger, die ihm begegneten, des Separatismus und drohte dabei mit einer Granate mit herausgezogener Sicherung. Im Endeffekt wurden infolge der Detonation der Granate der betrunkene Randalierer Tjapka und ein örtlicher Einwohner von Berdjanskoje verletzt. Der Brigadekommandeur der 79. Brigade Kuratsch versucht zur Zeit diesen Vorfall zu „vertuschen“, indem er Mitarbeiter der Militärstaatsanwaltschaft und Verwandte des Verletzten besticht.

de.sputniknews.com: **22-mal mehr Geld für Waffen: Nato-Hochrüstung beunruhigt Russland**

Die Nato-Staaten geben nach russischen Angaben insgesamt schon mehr als eine Billion US-Dollar für militärische Zwecke - und damit 22 Mal mehr als Russland - aus. Dass der Nordatlantikpakt dabei verstärkt vor der russischen Grenze aufrüstet, macht Moskau Sorgen, sagt Alexander Gruschko, stellvertretender Außenminister Russlands.

Der Nordatlantikpakt bestreite schon jetzt mehr als die Hälfte aller Rüstungsausgaben weltweit, sagte Gruschko, der von 2012 bis 2018 russischer Nato-Botschafter war, in einem Sputnik-Interview. „Dass die Bündnismitglieder ihre Militärausgaben drastisch nach oben geschraubt haben, löst tiefe Besorgnis aus.“

„Allein 2018 haben die Ausgaben mehr als eine Billion Dollar betragen. Das ist 22 Mal mehr als die Verteidigungsausgaben Russlands“, sagte der Diplomat.

Nach seiner Einschätzung stockt die Nato vor allem an ihrer östlichen Flanke ihr militärisches Potenzial auf. Die Aktivitäten des westlichen Militärblocks in der Ostsee- und Schwarzmeer-Region seien angewachsen, neue Truppen würden nach Europa verlegt, neue Militärinfrastrukturen entstünden.

Gruschko warf der Nato vor, eine „mythische Bedrohung aus dem Osten aufzublähen“. Russland wolle sich nicht auf ein neues Wettrüsten einlassen und setze auf „preiswerte, präzise und wirkungsvolle“ Gegenmaßnahmen.

Die Nato hatte mitten in der Ukraine-Krise 2014 sämtliche militärische Zusammenarbeit mit Russland auf Eis gelegt. Seitdem baute das nordatlantische Militärbündnis neue Militärstützpunkte und verstärkte seine Truppen in Osteuropa.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32397/13/323971371.jpg>

mil-lnr.info: **Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt aber kontrollierbar. Die ukrainischen Streitkräfte beschießen weiter Ortschaften der LVR und provozieren unsere Einheiten zur Erwidern des Feuers.

Insgesamt hat der Gegner in den letzten 24 Stunden **sechsmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Von den Positionen der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte aus wurden auf Befehl des Bataillonskommandeurs Wysokoljan die Umgebung von **Solotoje-5** und **Kalinowo** mit 82mm-Mörsern und Granatwerfern beschossen. Auf Befehl des Kommandeurs der 10. Gebirgsturmbriade, des Kriegsverbrechers Subatnisch, wurden **Frunse, Prischib** und **Shelobok** mit 82mm-Mörsern und Maschinengewehren beschossen.

Von den Positionen der 30. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte aus wurden das Gebiet von Kalinowo auf Befehl der Kriegsverbrecher des Kommandeurs des 1. Bataillons Major Kibalnikow mit 82mm-Mörsern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt wurden **auf das Territorium der Republik mehr als 60 verschiedene Geschosse abgefeuert**.

Das Kommando der OOS setzt die Provokation in der Zeit der Vorbereitung auf die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine fort.

Nach uns vorliegenden Informationen ist im Verantwortungsbereich der 25. Luftlandebrigade **im Gebiet von Nishneteploje eine Aufklärungsgruppe mit 12 Mann eingetroffen**.

Hauptaufgabe der Gruppe ist die Durchführung von Diversionen auf das Territorium der LVR und die Durchführung von Provokationen im Gebiet des KPP Staniza Luganskaja. Wir stellen weiter **Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten des Gegners** fest. Ein weiterer Fall ereignete sich in einer Einheit der 10. Gebirgsturmbriade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Nowotoschkowskoje.

Am 14. April wurde ein Soldat der ukrainischen Streitkräfte bei der Durchführung von Maßnahmen zur Tarnung von Waffen und Militäertechnik verletzt, indem er von einem Schützenpanzer fiel. Nach bereits organisiertem Schema hat der Brigadekommandeur Subanitsch den Vorfall gegenüber dem übergeordneten Kommando als kampfbedingten Verlust, angeblich durch Beschuss von Seiten der Volksmiliz der LVR, dargestellt.

Nach wie vor sind die Versorgung mit allen Arten von Lebensmitteln sowie der Zustand von Waffen und Technik und der militärischen Ausbildung in der ukrainischen Armee auf einem äußerst geringen Niveau, was ein kontinuierliches Abfallen des moralisch-psychischen Niveaus der Soldaten in der OOS-Zone nach sich zieht.

Im Zeitraum vom 28. März bis 10. April hat eine Kommission des Stabs der Luftsturmtruppen Luftlandetruppenteile und -einheiten in der OOS-Zone überprüft. Während ihrer Arbeit überprüfte die Kommission solche Fragen wie die Ausstattung mit Personal und Technik, die allseitige Versorgung, die Organisation der Dienste sowie das Ausbildungsniveau der Soldaten. Im Ergebnis der Arbeit wurde die 25. Luftlandebrigade als schlecht eingeschätzt. Brigadekommandeur ist Oberst Sentschenko.

Die Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen streng ein. Wir sind nach wie vor offen für einen Dialog und bereit zu einer friedlichen Lösung des Konflikts, aber im Fall von Provokationen von Seiten des Gegners, sind wir zu äußerst entschiedenen Handlungen bereit. Wir erhöhen weiter das Niveau der Professionalität des Personals und die Fähigkeit zur Erfüllung von Aufgaben zur Verteidigung unserer Republik. In den Verbänden und Truppenteilen der Volksmiliz der LVR werden Übungen durchgeführt.

de.sputniknews.com: **Nord Stream 2 auch betroffen: EU-Rat billigt Änderungen zu Gas-Direktive**

Die Änderungen zur Gas-Direktive der Europäischen Union, die den Betrieb von Unterwasser-Gaspipelines betreffen und sich somit auch auf Nord Stream 2 erstrecken – sobald sie zu funktionieren beginnt, sind am Montag vom EU-Rat gebilligt worden. Dies sei die letzte Etappe in der offiziellen Abstimmungsprozedur des Dokuments.

Zuvor war das Dokument von der Plenartagung des Europäischen Parlaments angenommen worden.

Die Billigung verlief ohne Besprechung des Textes des Gesetzentwurfs, wovon die Materialien des Rates der EU-Länder für Landwirtschaft zeugen, der das Dokument verabschiedet hatte. Das überarbeitete Gesetz wird 20 Tage nach seiner Veröffentlichung in dem offiziellen EU-Magazin in Kraft treten. Den EU-Ländern werden neun Monate für die Einbringung der neuen Regeln in die nationale Gesetzgebung gewährt.

Gemäß dem Gesetz werden sowohl neue als auch bereits funktionierende Gaspipelines - aus Drittländern in die Europäische Union in den territorialen Gewässern der EU-Staaten - den festgelegten Regeln entsprechen müssen, die zurzeit nur für die auf dem Festland verlegten Pipelines gelten. Diesbezüglich existiere eine Funktionsteilung nach Gas-Gewinnung und Beförderung (das sogenannte „Unbundling“, wonach ein Unternehmen den Energieträger nicht fördern und zugleich eine Gaspipeline in der EU besitzen dürfe, über die er geliefert werde).

Die Nord Stream 2 AG, die für den Bau und den Betrieb von Nord Stream 2 gegründet wurde, gehört zu Gazprom, der durch dieses Rohr Gas pumpen will. Was die bereits funktionierende Nord Stream-Pipeline betrifft, so war die Nord Stream AG mit deren Bau beschäftigt und ist jetzt der Betreiber dieser Pipeline. Ihr Mehrheitsaktionär ist Gazprom mit einem Anteil von 51 Prozent.

Wie zuvor der Vize-Präsident der Europäischen Kommission für Energieunion, Maroš Šefčovič, in einem Interview mit RIA Novosti erklärt hatte, würden die Änderungen zur Gas-Direktive nicht speziell mit Nord Stream 2 verbunden sein.

Der Chef des russischen Energieministeriums, Alexander Nowak, hatte seinerseits Anfang April geäußert, dass Nord Stream 2 unabhängig von den Änderungen zur Gas-Direktive der EU realisiert werde.

Ukrinform.ua: **2279 neue Masernfälle in der letzten Woche**

In der letzten Woche sind in der Ukraine 2279 Menschen an Masern erkrankt.

Wie das Gesundheitsministerium der Ukraine mitteilte, sind unter den Erkrankten in der 15. Kalenderwoche 1075 Kinder. In der Hauptstadt Kiew wurden die meisten Erkrankungen, 309 Fälle, 199 Erwachsene und 110 Kinder registriert. Darauf folgen die Oblast Charkow (239 Fälle, 165 Erwachsene und 74 Kinder), die Oblast Kiew (197 Fälle, 120 Erwachsene und 77

Kinder), die Oblast Chmelnyz (186 Fälle, 93 Erwachsene und 93 Kinder), die Oblast Lwow (157 Fälle, 41 Erwachsene und 116 Kinder).

Insgesamt sind seit Jahresanfang bis zum 11. April 39.549 Menschen (18.187 Erwachsene und 21.362 Kinder) an Masern erkrankt.

Das Gesundheitsministerium setzt gemeinsam mit lokalen Behörden Sondermaßnahmen zur Bekämpfung von Masern um. Aufgrund dieser Maßnahmen wurden in der Oblast Lwow schon 90 Prozent der Kinder gegen Masern geimpft. Demnächst beginnt eine Impfkampagne in der Oblast Chmelnyz.

de.sputniknews.com: **Ist Huawei gefährlich? Belgische Experten präsentieren Ermittlungsergebnisse**

Das belgische Zentrum für Cybersicherheit hat bei der im Dezember 2018 durchgeführten Ermittlung keine Beweise für die im Westen erhobenen Spionage-Vorwürfe gegen den chinesischen IT-Konzern Huawei gefunden, sagte die Sprecherin des Zentrums, Catherine Eggers, gegenüber Journalisten.

„Es liegen uns heute keine konkreten Beweise für Bedrohungen durch Huawei vor“, so Eggers. Die Ermittlung sei im Auftrag des belgischen Premiers Charles Michel durchgeführt worden, der nun auf der Grundlage von Expertengutachten die Haltung der Regierung hinsichtlich Huawei formulieren sollte.

Der Premier des Staatsrates der VR China, Li Keqiang, hatte am am Rande des EU-China-Gipfels am 9 April in Brüssel die Spionage-Vorwürfe gegen die Telekommunikationsunternehmen Chinas kategorisch zurückgewiesen. Ihm seien keine konkreten Beweise dafür vorgelegt worden, erklärte Li Keqiang.

Die USA und Australien hatten zuvor das chinesische Unternehmen Huawei beschuldigt, technische Spionage zu betreiben und geheim gehaltene Daten mit Hilfe seiner Ausrüstungen zu sammeln, die in verschiedenen Ländern der Welt genutzt würden. US-amerikanische Offizielle haben wiederholt ihre europäischen Kollegen dazu ermahnt, die Zweckmäßigkeit der Teilnahme chinesischer Unternehmen an der Entwicklung der 5G-Netze in Europa zu erwägen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31900/91/319009163.jpg>

Dnr-online.ru: Die bewaffneten Formationen der Ukraine haben **Nabereshnoje** und **Sosnowskoje** im Süden der DVR massiv beschossen und der energetischen Infrastruktur zahlreiche Schäden zugefügt. Das Feuer auf die Ortschaften eröffneten die Kiewer Truppen am Morgen des 13. April.

Um 9:25 Uhr schaltete sich die Verbindung der Hochspannungsleitung zur Unterstation

Jushnaja ab, beide Dörfer im Bezirk Nowoasowsk hatten keinen Strom. Schon um 10:03 Uhr waren Reparaturbrigaden des republikanischen Unternehmens „Regionale Energielieferungsgesellschaft“ vor Ort und begannen mit der Begutachtung der Schäden. Ihr Ausmaß, so die Spezialisten, zeugt von einer zielgerichteten Vernichtung der Infrastruktur. Dies teilt der Pressedienst des Kohle- und Energieministeriums der DVR mit. Mehrere Leitungen und Pfeiler wurden ernsthaft bestätigt, ein Eisenbetonpfeiler vollständig zerstört.

Leider ist es unmöglich, die Leitungen und damit die Stromversorgung operativ wiederherzustellen, da Reparaturarbeiten in der „Grauen Zone“ notwendig sind. Die Energietechniker der Republik haben bereits eine Anfrage zur Gewährleistung eines Regimes der Ruhe an das Gemeinsame Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung gerichtet und erwarten die Zustimmung der ukrainischen Seite. Sobald diese gewährleistet ist, werden die Reparaturarbeiten in kürzester Zeit durchgeführt werden.

de.sputniknews.com: **Kiew braucht „bis zum Ural reichende“ Raketen – Ukrainischer General**

Kiew braucht Raketen, die „zumindest den Ural erreichen würden“, um Russland widerstehen zu können. Diese Meinung vertritt der General und ehemalige Vize-Chef des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte, Igor Romanenko.

Nach der Unterzeichnung des Budapester Memorandums seien der Ukraine nicht nur Atomwaffen, sondern auch Raketenwaffen entzogen worden, so Romanenko.

„Wir hatten immer nur noch das alte ‚Totschka-U‘ mit einer Reichweite von 120 Kilometern. Und jetzt ernten wir die Früchte solcher Vorgehensweise“, zitiert das Portal „Glawred“ den General.

Momentan sollen die Tests solcher Waffen „erfolgreich vorankommen“, aber Kiew habe immer noch Einschränkungen in Bezug auf die Reichweite der Raketen, unterstrich Romanenko.

„Die Ukraine braucht Raketen, die zumindest den Ural erreichen und das gesamte Territorium Russlands abdecken würden. Solche Raketen könnten als Abschreckung betrachtet werden.“ Zuvor hatte der Militärexperte Walentin Badrak angekündigt, dass die Ukraine fähig sei, eine Rakete mit einer Reichweite von etwa 1500 Kilometern zu entwickeln, die „Moskau erreichen kann“.

Das ukrainische Militär meldet regelmäßig Tests neuer Waffen, die sich oft als Entwicklungen aus den Sowjetzeiten erweisen. Ende Juli verspotteten Nutzer der sozialen Netzwerke das Aussehen der neuen Anti-Panzer-Raketen-Systeme „Stugna-P“ und „Korsar“, die von dem Konstruktionsbüro „Lutsch“ vorgestellt worden waren. Viele Nutzer bezweifelten, dass diese Komplexe in der Ukraine entwickelt wurden.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/32363/93/323639374.jpg>

de.sputniknews.com: **Britisches Sondereinsatzkommando in Estland bespitzelt Russland – Medien**

Zwei Reservebataillone des Britischen Sondereinsatzkommandos (SAS), die vor einem halben Jahr nach Estland verlegt worden waren, befassen sich laut dem britischen Portal „Daily Star“ mit dem Monitoring der „russischen Aktivität“ in den Grenzgebieten. Dem Blatt zufolge führen das 21. und das 23. Bataillon Operationen durch, die auf die Beobachtung der Verlegung eines potenziellen Gegners und die Analyse seiner Absichten hinauslaufen.

Wie „Daily Star“ berichtet, werden sich die SAS-Kämpfer im Fall eines „Angriffs“ Russlands gegen Estland im Hinterland des Gegners befinden, von wo sie vertrauliche Mitteilungen über die Bewegung der feindlichen Truppen senden würden. Sie können zudem Aufklärungsdrohnen einsetzen, um die russische Aktivität entlang der estnischen Grenze zu beobachten.

Auf dem Nato-Gipfel in Warschau 2016 hatte die Allianz beschlossen, in Lettland, Litauen, Estland und Polen auf Bitte dieser Länder multinationale Bataillone auf Grundlage der Rotation zu stationieren. Eine Nato-Kampfbataillon-Gruppe mit 1200 Soldaten aus Großbritannien und Frankreich wurde im April 2017 in der Stadt Tapa disloziert. An der Spitze des internationalen Bataillons steht Großbritannien. Im Januar 2018 war das französische Kontingent durch dänisches Militär ausgewechselt worden.

Im Dezember war mitgeteilt worden, dass Großbritannien im nächsten Jahr beabsichtige, seine Militärpräsenz in der Republik zu verstärken.

In Moskau wurde dazu erklärt, dass Russland keine Absicht habe, irgendein Land der Allianz oder einen anderen Staat anzugreifen. Verteidigungsminister Sergej Schoigu betonte wiederholt, dass angesichts der Hysterie in Polen und im Baltikum sich die Quantität der Nato-Truppen an den russischen Grenzen um das Siebenfache erhöht habe.

Dan-news.info: „Die Reparaturarbeiten zur Beseitigung des Lecks an der Jushnodonbasskij-Wasserleitung in Krutaja Balka bei Jasinowataja sind abgeschlossen“, teilte die Vertretung der DVR im GZKK mit.

de.sputniknews.com: **Internationaler Gerichtshof knickt ein bei US-Kriegsverbrechen in Afghanistan**

Armin Siebert

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag wird nun doch keine Ermittlungen gegen die

USA wegen Kriegsverbrechen in Afghanistan aufnehmen. Dem vorausgegangen waren massive Drohungen und Behinderungen von Seiten der amerikanischen Administration gegenüber Richtern des Gerichtshofes, den die USA nicht anerkennen.

Bereits vergangenen Herbst hatte US-Sicherheitsberater John Bolton dem Internationalen Gerichtshof (ICC), der von USA nicht anerkannt wird, mit Sanktionen gedroht. Auf einer Rede in Washington sagte er: „Die USA werden zu jedem Mittel greifen, um unsere Bürger und unsere Verbündeten vor ungerechter Verfolgung durch dieses illegitime Gericht zu schützen.“

Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Afghanistan

Die Chefanklägerin des Gerichtshofes, Fatou Bensouda, hatte 2016 in einem Untersuchungsbericht, der unter anderem auf von Wikileaks veröffentlichten Dokumenten basiert, festgestellt, dass Angehörige der US-Armee und des Geheimdienstes CIA in Afghanistan Kriegsverbrechen wie Folter begangen haben. Im November 2017 beantragte Bensouda die Eröffnung des Verfahrens. Bereits seit 2006 untersucht die Anklage Berichte über Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Afghanistan.

Bolton hatte damit gedroht, Richter und Staatsanwälte des ICC die Einreise in die USA zu verbieten. Auch schloss Bolton Gegenmaßnahmen wie das Einfrieren von möglichem Vermögen der Richter in den USA und Gegenanklagen amerikanischer Gerichte nicht aus. Dem folgten im Falle der Chefanklägerin Bensouda auch Taten. Ihr wurde Anfang April 2019 das Einreisevisum in die USA entzogen. Zuvor hatte sich auch US-Außenminister Mike Pompeo zu dem Thema geäußert. Auf einer Pressekonferenz Mitte März drohte er mit Einreiseverbot in die USA für alle Personen, „die direkt für jede ICC-Untersuchung gegen US-Menschen verantwortlich sind“.

Dient nicht den „Interessen der Justiz“

In einer Erklärung hat die zuständige Kammer des ICC nun verkündet, dass es nicht zu Ermittlungen gegen die USA wegen Kriegsverbrechen in Afghanistan kommen wird. Der Antrag von Chefanklägerin Bensouda wird damit abgelehnt. Als Begründung führte das Gericht an, dass dies den „Interessen der Justiz nicht dienen“ würde. Auch lägen die Vorfälle schon zu lange zurück, und die Situation in Afghanistan habe sich verändert. Letzen Endes seien die Erfolgsaussichten so eines Verfahrens gering, stellte die Richterkammer fest.

In einer Pressemitteilung des Weißen Hauses heißt es daraufhin, die Entscheidung der drei zuständigen Richter des ICC sei „ein großer internationaler Sieg, nicht nur für die Patrioten, sondern für die Herrschaft des Gesetzes“. Auch hier heißt es: „Jedem Versuch, amerikanische, israelische oder alliierte Regierungsmitarbeiter strafrechtlich zu verfolgen, wird mit einer schnellen und starken Reaktion begegnet.“

Auch Sicherheitsberater Bolton feierte die Mitteilung des ICC als einen seiner „glücklichsten Tage“.

Der Internationale Strafgerichtshof untersucht seit 2002 Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermorde sowie Angriffe auf die Souveränität von Staaten. Der Gerichtshof wird von 123 Staaten, darunter allen EU-Staaten, anerkannt.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32470/15/324701537.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: **Wegen „drohender Aggression Russlands“: Britische Helikopter in Estland gelandet**

Großbritannien hat fünf Hubschrauber vom Typ „Apache“ als Mittel zur „Eindämmung einer sehr wahrscheinlichen Aggression Russlands“ nach Estland geschickt. Die Maschinen sollen drei Monate lang in diesem baltischen Staat stationiert sein.

Wie der britische Verteidigungsminister Gavin Williamson erklärte, sei die Stationierung der Hubschrauber in Estland „lebenswichtig“.

„Die Bedrohung vonseiten Russlands, die wir beobachten, ist sehr wahrscheinlich. Das ist einer der Gründe dafür, dass wir fünf Angriffshubschrauber ‚Apache‘ stationieren lassen. Wir passen uns der sich ständig verändernden Situation an“, so Williamson.

Am 4. April hatte der Moderator des ZDF-Heute-Journals, Claus Kleber, über einen angeblichen Einmarsch Russlands in Estland berichtet. Später stellte er klar, dass seine Worte nur eine „realistische Vision“ wären.

Die Nato erklärte dabei, dass Russland keine Aggression gegen die baltischen Länder verübe. Wie der Chef des Nato-Militärausschusses, Petr Pavel, betonte, sehe die Nordatlantische Allianz keine „offene Aggression gegen die baltischen Länder“.

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine heute um 17:00 Uhr das Feuer aus Richtung Nowotroizkoje in Richtung **Dokutschajewsk** mit Mörsern des Kalibers 120mm, Granatwerfern sowie großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet. Dabei wurde die Verglasung der Kanalisationspumpstation beschädigt.

Außerdem wurden folgende Häuser beschädigt:

- Schtschorse-Straße 48 – Dach beschädigt;
- Jubilejnaja-Straße 9 – ein Auto vom Typ GASel beschädigt.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer. Genauere Informationen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Russischer Vize-Minister: „Krieg mit Nato wäre Katastrophe“**

Trotz des angespannten Verhältnisses dürfen Russland und die Nato es nicht zu einem Krieg kommen lassen, sagt Alexander Gruschko. Nach Ansicht des amtierenden russischen Vize-Außenministers, der sechs Jahre lang Russland bei der Nato vertreten hatte, wäre ein

bewaffneter Konflikt zwischen Russland und dem Bündnis ein Desaster für die ganze Welt. „Alle Vernünftigen hoffen, dass es nicht zu einem bewaffneten Konflikt mit der Nato kommen wird“, sagte Gruschko, der von 2012 bis 2018 russischer Nato-Botschafter war, in einem Sputnik-Interview.

„Das wäre nämlich eine Katastrophe für die gesamte Menschheit. Ich bin überzeugt: Das sieht man auch in Washington und in Brüssel so.“

Gruschko räumte ein, dass nach dem Stopp jeder Zusammenarbeit die Gefahr von zufälligen Konflikten infolge von „falsch verstandenen Absichten“ hoch sei.

Die Entscheidung der Nato, die Zusammenarbeit mit Russland abzubrechen, kritisierte der Diplomat als „absurd“. Mittlerweile unterhalte Moskau nur noch zu einzelnen Nato-Mitgliedern Arbeitskontakte, aber nicht zu der gesamten Nato.

Die jetzige Krise mit der Nato sei zwar nicht die erste in der russischen Geschichte, dafür aber die längste, konstatierte Gruschko. Bereits nach dem Angriff des Bündnisses auf Jugoslawien 1999 und nach dem Krieg in Südossetien 2008 hätten die Seiten vorübergehend ihre Beziehungen abgebrochen.

Mittlerweile bleibe aber jede Zusammenarbeit aus, sowohl die zivile als auch die militärische, sagte der Diplomat. Zuvor hatte Gruschko kritisiert, dass die Nato ihre Militärausgaben auf mehr als eine Billion US-Dollar aufgestockt habe, was der Hälfte aller Rüstungsausgaben der Welt entspräche und 22 Mal höher als die russischen Verteidigungsausgaben sei.

Die Nato hatte mitten in der Ukraine-Krise 2014 sämtliche militärische Zusammenarbeit mit Russland auf Eis gelegt. Seitdem baute das nordatlantische Militärbündnis neue Militärstützpunkte und verstärkte seine Truppen in Osteuropa.